

Wählergemeinschaft "Mülheimer Bürger Initiativen" (MBI)
Mülheims erfolgreichste kommunale Wählergemeinschaft!

Kurzwahlprogramm zur Kommunalwahl 2004

„MBI – Nötig wie nie!“

Bürgerinitiativen (BI's) entstehen immer dann, wenn Bürger/innen sich von Parteien und Ämtern übergangen oder im Stich gelassen fühlen. In Mülheim bildeten sich seit den 80er Jahren deutlich mehr BI's als in Nachbarstädten.

Filz, verdeckte Korruption und Selbstherrlichkeit in Verwaltung und Politik sowie häufig blindgläubige Investorenhörigkeit haben in unserer Stadt seit den 90er Jahren Blockaden und Fehlentwicklungen erzeugt, die Mülheim im Vergleich zu Nachbarstädten ins Hintertreffen brachten trotz zum Teil viel günstigerer Bedingungen. Viele dieser Fehlentwicklungen gingen und gehen letztlich auf Kosten der Schwächeren bzw. der Allgemeinheit und zu Lasten von Umwelt und Gesundheit.

Nach 40 Jahren SPD-Alleinherrschaft mit versteinerten Filzstrukturen und Postenschiebereien vermochte es Schwarz-Grün von 94 bis zum blamablen Ende weder, den Filz aufzubrechen, noch eine zukunftsgerichtete und vor allem nachhaltige Stadtentwicklung in die Wege zu leiten, im Gegenteil:

Schwarz-Grün integrierte sich in den Filz und selbst bei alten Problemen wie dem Fallwerk in Speldorf, dem Flughafen, der Innenstadtverkehrsführung oder den giftigen Altlasten in Selbeck waren nach wie vor keine Lösungen in Sicht oder noch weiter in die Ferne gerückt. Die Chancen der IBA wurden überheblich verschlafen, weil man Mülheim als etwas Besseres hinstellen wollte.

OB Baganz versprach dann 1999 als Seiteneinsteiger aus der Wirtschaft mehr Transparenz, Filzabbau und wirtschaftlicheres Denken im „Konzern Stadt“. In der folgenden „Verantwortungsgemeinschaft“ von CDU und SPD verkaufte und privatisierte die Stadt Millionenwerte öffentlichen Eigentums wie Abfallentsorgung, Verkehrsbetriebe, RWE-Aktien, Wasserwerksbeteiligung, Stadthalle und andere Immobilien, teils mit haarsträubenden Tricks - oft zugunsten des RWE-Konzerns. Dies alles geschah unter Regie und bei millionenschwerer **Beratung durch Frau Dr. Jasper** und endete nach dem Bekanntwerden der „privaten Fusion“ von Frau Dr. Jasper mit Baganz und dessen abruptem Absturz in einem Scherbenhaufen. Die danach **als Oberbürgermeisterin gewählte SPD-Vorsitzende Dagmar Mühlendorf** versprach großmündig mehr Bürgernähe und führte die Stadt sogleich in das **Abenteuer Ruhrbania**, ein Großprojekt mit Ruhrpromenade und neuem Viertel aus Betonquadern in den Rathaus-Grünanlagen, bei Wegnahme der Ruhrstraße, Abriss von Rathauseiten, Gesundheitshaus u.v.m.

In der Zwischenzeit haben sich die finanziellen Probleme der Stadt zu einem kaum noch zu übersehenden Berg aufgetürmt, während stetig neue Projekte aus dem Hut gezaubert wurden, sich aber als nicht umsetzbar herausstellten (Cafe Alex, Metrorapid, Hockeystadion, etliche Bauprojekte wie Velauer/Tinkrathstr., Rugenbergergelände usw. und nun Ruhrbania). Gleichzeitig entwickelte sich im gesamten Stadtgebiet ein unkoordinierter Wildwuchs (u.a. der Discounter Aldi, LIDL, Plus), parallel Behördenwillkür und Ungleichbehandlung und vor allem Sanierungsstau in vielen Bereichen (Straßen, Schulen, Sportstätten u.v.m.) bei einer immer katastrophaler werdenden Haushaltslage.

Mülheim braucht die MBI !

Wir haben uns als Wählerliste von Bürgerinitiativen kurzfristig nur 6 Wochen vor den letzten Wahlen gegründet, nachdem Anfang Juli 1999 das Verfassungsgericht die 5%-Hürde bei Kommunalwahlen aufgehoben hatte. Zum größten Teil bestanden wir aus Menschen, die aus eigenen Erfahrungen heraus Entwicklungen und Verhaltensweisen in unserer Stadt zu **beklagen** hatten, die Bürgerinteressen immer häufiger außen vor ließen, so dass oft nur noch die Gründung einer Bürgerinitiative übrigblieb. Nachdem auch die Grünen seit Beginn der 90er Jahre mit Bürgerinitiativen immer häufiger nur noch taktisch umgingen, blieben viele Menschen, die einfach nur ein Problem oder auch Vorschläge und Anregungen hatten, häufig nur noch auf der Strecke im Wust von Parteiklüngel und unüberschaubarer Mausechelpolitik.

Die MBI versprachen 1999, Betroffene über Vorhaben von Rat und Verwaltung bereits im Vorfeld zu informieren und Anliegen von BI's und Initiativen Bürgern in die Gremien einzubringen, wenn sie einen Ratsitz bekämen. Aus dem Stand erhielten wir 5,6% der Wählerstimmen, damit sogar Fraktionsstatus und Geld für eine Geschäftsstelle. In fast alle Fachausschüsse platzierten sie dann Mülheimer Bürger/innen mit Fachverstand, Erfahrung und Ideen. Getreu des Slogans "Frischer Wind ins Rathaus" brachten wir im folgenden Jahr auf allen Feldern etliche Vorschläge und Anträge ein, denn in verschiedenen Bereichen hatte Mülheim den Anschluss auch an Nachbarstädte verloren. Meistens blockierte aber die Verwaltung oder es dauerte Jahre bis zur Umsetzung.

Die folgenden Kapitel auf den Innenseiten enthalten Forderungen, die zumindest die Trends der bisherigen Fehlentwicklungen stoppen und neue Prozesse in die Wege leiten können. Anspruch auf Vollständigkeit besteht dabei nicht. Auf der allerletzten Seite mehr zur MBI-Entwicklung, -Aktivitäten, -Erfolgen und ein Ausblick.

Wählergemeinschaft "Mülheimer Bürger Initiativen" (MBI) *Mülheims erfolgreichste kommunale Wählergemeinschaft!*

Bürgerschutz und Lebensqualität müssen endlich in den Vordergrund gelangen wie eine auf Nachhaltigkeit angelegte Finanz- und Stadtentwicklungspolitik.

Die folgenden Absätze enthalten Forderungen, die zumindest die Trends der bisherigen Fehlentwicklungen stoppen und neue Prozesse in die Wege leiten können. Anspruch auf Vollständigkeit besteht dabei nicht.

Die Realitäten zur Kenntnis nehmen

Mülheim hat den größten Seniorenanteil aller Städte in NRW, Mülheim schrumpft genauso wie andere Ruhrgebietsstädte auch, Mülheim hat viel Leerstand bei Gewerbeflächen, Büroräumen und zunehmend Wohnungen und vor allem: Mülheim hat ein Finanz- und Haushaltsdesaster ohnegleichen, denn geradezu rekordverdächtig konnte bzw. wollte die Stadt seit 1998 keinen einzigen genehmigungsfähigen Haushalt mehr aufstellen.

Bis in die 90iger Jahre hinein hatte Mülheim deutliche Vorteile gegenüber den meisten anderen Ruhrgebietsstädten: Stammsitz und Ausgangspunkt von Weltkonzernen wie Thyssen, Stinnes, Tengelmann, Aldi, Metro usw.. Die Tatsache, dass Zechenschließungen und Strukturwandel hier früher begannen, die äußerst günstige Verkehrslage mit Rundum-Autobahnanschluss etc. und die große Fülle landschaftlicher Reize, von Ruhrtal bis Uhlenhorst, hatten Mülheim zu einem bevorzugten Wohnort im Ruhrgebiet gemacht. Die Schlossstraße war die 1. Fußgängerzone weit und breit, das damalige City-Center (heute Forum) mit den sog. Iduna-Wohntürmen daneben und das Rhein-Ruhr-Zentrum als großes Einkaufszentrum auf ehemaligem Zechengelände, galten als zukunftsweisende Stadtentwicklung. Die Zufriedenheit mit dem Wohnort und der damals dominierenden SPD war relativ groß und man fühlte sich als Mülheimer als etwas Besonderes.

Im Rathaus ging man in all der Selbstzufriedenheit noch Anfang der 70iger Jahre von stetigem, weiterem Bevölkerungswachstum aus und plante für ein Mülheim 2000 mit 230.000 Einwohnern, obwohl die Pille längst in Gebrauch war und Veränderung von Lebenszielen und Familienstrukturen auch vor Ort im vollen Gange.

Die bombastischen Planungen, wie City-Ring, U-Bahn bis Duisburg usw.... und der zähe, stückweise Zusammenbruch beschäftigt Mülheim bis heute. Torsos wie der Stumpf der Emmericher Straße in Speldorf oder der Tourainer Ring, Stückwerk wie die gesamte Innenstadtverkehrsführung, die Hängepartie Flughafen, städtebauliche Negativbeispiele für strukturlosen Wildwuchs wie Speldorf, Dümpten oder Heißen-Ost, die Kölner Straße, Holthausen u.v.m.

Seit Mitte der 70iger Jahre gründeten sich genau deshalb immer neue Bürgerinitiativen,

Aus all den Gründen heraus kann die Marschrichtung der kommenden Jahre nur lauten, auf den Boden der Realität zurückzukehren, d.h. auch die Bestandssicherung, soweit im einzelnen auf Dauer möglich, als oberste Priorität und einzig wirkliche Handlungsoption anzuerkennen.

Das Finanzdesaster begrenzen -

Verabschiedung von überflüssigen und teuren Luftnummern

Der Regierungspräsident hat eigentlich klare Vorgaben gemacht, es darf keine Neuinvestitionen und keine neuen Projekte mehr geben, für die nicht die Notwendigkeit nachgewiesen werden kann. Das gilt natürlich auch für „Ruhrbania“, mit allen Gutachter- und Planungskosten, Um- und Neubauten, Straßenausbau, Rathausabbruch, Öffentlichkeitsarbeit usw....

Der Städtetag hat gerade durchgesetzt, dass Bund und Land für Aufgaben, die sie den Kommunen zuweisen, auch die Kosten übernehmen müssen. Das gilt es auch in Mülheim umzusetzen.

MBI fordern außerdem :

- **Personalkosten der Verwaltung reduzieren, aber nicht per Gießkannenprinzip**
- **Konsequente Ausschöpfung aller Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Kommunen, Zusammenlegung von Ämtern und Behörden, Nutzung moderner Informationstechnologie**
- **Konsequente Einsparung nur von oben nach unten, d.h. nur 3 statt 5 Dezernenten, Amtsleiterstellen nicht mehr neu besetzen, Ämter zusammenlegen oder bei fehlendem Bedarf auflösen und allgemein flachere Hierarchien**
- **Abbau der künstlich aufgeblähten Führungsebenen durch Geschäftsführer (oft sogar 2 im sog. 4-Augen-Prinzip) in immer neuen städtischen und halbprivatisierten Beteiligungsgesellschaften (MVG, M&B, MST, MEG, MEDL, SEM, Immo.service, Grün&Wald uswuf..)**
- **durchgehende wirkliche Chancengleichheit und Einstellung nur aufgrund fachlicher Qualifikation bis in höchste Ebenen, d.h. nicht nach Parteienproporz und auch keine neuen (weiblichen) Parteierbhöfe durch Quotenregelung und über reine „Gleichstellungs-Logik“**

- **Filz und Korruption bekämpfen**
- **Personelle Konsequenzen bei Amtsmissbrauch, Fehlentscheidungen trotz vorliegender Informationen und bewusster Fehlinformation gegenüber politischen Gremien oder anderen Verwaltungsmitarbeitern**
- **Schadensersatzansprüche auch gegenüber Beratern, Geschäftsführern und Amtsinhabern durchsetzen**
- **Strafanzeigen bei Korruptionsverdacht**
- **Ständige Kontrolle korruptionsanfälliger Bereiche durch entsprechende Stabsstellen, verbesserte Kontrollmöglichkeiten für die Politik**
- **Auch gewisse „Gewohnheitsrechte“ müssen überprüft und ggfs. geändert werden**

Wählergemeinschaft "Mülheimer Bürger Initiativen" (MBI) ***Mülheims erfolgreichste kommunale Wählergemeinschaft!***

- Ende der „Gutachteritis“
 - Keine weiteren Gutachten zur Innenstadt (es gibt bereits so viele, dass die Verwaltung sich ausserstande sieht, diese für die letzten zehn Jahre –geschweige denn davor – auch nur aufzulisten)
 - Keine Gutachten und Wettbewerbe zu Projekten, die nicht in groben Umrissen bereits diskutiert und beschlossen sind (Beispiel: die teuren Untersuchungen zum Metrorapid)
 - Ende aller Lärm-, Verkehrs-, Altlasten-, Kaufkraft-, und sonstigen Analysen ohne konkrete Konsequenzen, soweit diese nicht gesetzlich vorgeschrieben sind (Beispiele: das teure und sehr umfangreiche Gutachten für den Lärminderungsplan, dem aber keine Lärmschutzmassnahmen folgten; Altlastengutachten im Hafengebiet unter Ausklammerung des Fallwerks usw.)
 - Ende aller sinnlosen Umfragen bei den Bürgern, die neben Kosten auch datenschutzrechtlich problematisch sind, stattdessen die Meinungsäußerung des Bürgers in Bürgerversammlung, Presse, Bürgerbegehren usw. ernster nehmen
 - Insbesondere Schluss mit der Dauerbeauftragung von Gutachtern und Beratern, wie Dr. Jasper oder Büro Heilmaier oder
 - Keine teuren „Moderatoren“ für alle möglichen Diskussionsgrüppchen oder informellen Runden o.ä..
- Vereinfachung der Ratsgremien und der Aufwendungen dafür
 - Kein Doppelt- und Dreifachversenden von Unterlagen, keine Inflation von Hochglanzbroschüren
 - Straffung und Reduzierung der Anzahl Ausschüsse, keine weiteren neuen „Beiräte“ (Gestaltungsbeirat...)
 - Verringerung der Aufwandsentschädigungen für diverse Aufsichtsratsmandate u.ä.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Transparenz und Bürgernähe

- Verwaltungsvorlagen, Anträge der Parteien, Protokolle der Sitzungen von Ausschüssen, Bezirksvertretungen (BV's) und Rat der Stadt sollten stets und rechtzeitig im Internet abrufbar sein
- Alle Gutachten und sonstigen Unterlagen müssen entsprechend den bestehenden Gesetzen den Bürgern und Politikern zugänglich gemacht werden, ohne überzogene Gebühren, ohne Verschleppung oder missbräuchliche Auslegung von Bestimmungen usw.
- Die Entscheidung über Ausschluss der Öffentlichkeit bei den Beratungen des Rates und der Ausschüsse ist restriktiv zu handhaben und darf wirklich nur die direkt personen- und firmenbezogenen Daten schützen, nicht aber als willkürliches Instrument missbraucht werden, um Mausehelei und von persönlichen Interessen geprägtes Abstimmungsverhalten von Politikern vor der Öffentlichkeit zu verheimlichen
- Bürgerversammlungen sollen bei Planungsvorhaben die Regel sein, die Einzelanhörung nur als Ausnahme bei geringfügigen Änderungen möglich (vgl. B-Pläne 100-Dächer-Programm, Metrorapidplanungen u.v.m., wo nur Einzelanhörungen stattfanden und die MBI-Anträge zu Bürgerversammlungen von all Parteien niedergestimmt wurden)
- Die Information der Politik über anstehende Baugenehmigungen muss dringend verbessert werden. Bisher werden Bauanträge oft nur zufällig bekannt, auch von so großen Projekten wie z.B. Hittfeldstr./Wichernstr. oder problematischen Vorhaben wie die geplante Bebauung „Zwischen den Gärten“ in der Heimaterde
- Die Kontrolle und die Entscheidung muss bei der Politik liegen und nicht bei der Verwaltung, die ein erstaunliches „Eigenleben“ führt, z.B. an schon abgelehnten Projekten einfach weiterarbeitet oder Gutachten und Umfragen in Auftrag gibt, von denen die Politik nichts ahnt
- Gesetze und Verordnungen müssen endlich auch in Mülheim für alle Bürger/innen gleich gelten, egal ob Investor oder Bürger, egal ob für Vergnügungsstätte oder Garagenanbau.
- Verbesserte Information und Durchführungsbestimmungen für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide ohne übertriebenen Formalismus und Behinderungen durch die Verwaltung
- Bürgerfragestunde auch im Rat der Stadt als regelmäßiger Tagesordnungspunkt; weniger Formalismus bei Bürgeranfragen in allen Ausschüssen und Bezirksvertretungen (bei aktuellem Anlass z.B. sollte die 10-Tagesfrist kein Ausschlusskriterium bleiben usw.)

Kirchturmsdenken der Ruhrgebietsstädte : Ruhrstadt statt Ruhrbania!

Seit dem U-Bahn-Tunnel unter der Ruhr sind die Pläne für die *Ruhrbania-Ruhrpromenade* der größte und teuerste Mülheimer Schildbürgerstreich unter Regie der SPD und OB Mühlenfeld und dem Beifall von CDU, FDP und GRÜNEN. Für dieses, als Wahlkampf-Gag ersonnene „Leuchtturmprojekt“, sollen nicht nur die wertvollen Baumbestände der Ruhranlagen zwischen Schlossbrücke und Eisenbahnbrücke geopfert werden, die Stadtbücherei, das Gesundheitshaus, das AOK-Gebäude und das halbe Rathaus abgerissen werden: Für ein paar gehobene Eigentumswohnungen nebst Kneipen und leerstehenden Büros und einem unsinnigen „Kleinsthafenbecken“ soll das Ruhrufer bis an den Rand zugebaut werden. Der Durchgangsverkehr soll mühsam über zwei Ruhrbrücken um die Innenstadt gelenkt werden und die bankrotte Stadt noch über 40 Mio. „Anschubfinanzierung“ leisten. Noch nicht abzusehen sind versteckte Kosten für Rathaus-Umzüge und Umbauten, weitere „Gutachten“ und Planungen. Angeblich sollen „Investoren“ – die keiner kennt und nennen darf! - dafür 500 Mio. in ein Projekt stecken, das angesichts ähnlich gearteter „Leuchtturmprojekte“ in Oberhausen, Duisburg und Essen weder die sinkende Kaufkraft nach Mülheim ziehen wird, noch die darbende Innenstadt retten wird, sondern umgekehrt ihr endgültig den Garaus machen könnte.

Wählergemeinschaft "Mülheimer Bürger Initiativen" (MBI) **Mülheims erfolgreichste kommunale Wählergemeinschaft!**

Die Notwendigkeit einer Abkehr vom Kirchturmsdenken wird heute von niemandem mehr ernsthaft bestritten. Auch der Begriff „Ruhrstadt“ ist in aller Munde. Aber konkret passiert nichts oder genau das Gegenteil. Jede Stadt will ihr CentrO, Ruhrbania, Urbanum und wie sie alle heißen, gerade noch bauen, natürlich zu Lasten der bestehenden Geschäfte in den jeweiligen Innenstädten ebenso wie der Nachbarstädte oder deren jeweiligem Ur/Ruhrbanium. Wenn Duisburg einen Betriebs Hof für seine Busse baut, Mülheim genau das gleiche vorhat, aber eine ggfs. mögliche Kooperation am Unwillen des Mülheimer Verkehrsbetriebs sofort scheitert, ist noch viel zu tun:

- ❖ **Strenge Prüfung aller öffentlichen Investitionen (insbes. Um- und Neubauten) in Bezug auf die in Nachbarstädten vorhandenen oder geplanten Kapazitäten.**
- ❖ **Keine weiteren Genehmigungen für Einkaufszentren in RRZ-Manier und erst recht keine neuen Retorten-Zentren wie o.g. Ur/Ruhrbanium/Multicasa/Pasarea/CentrOs**

Unsinnigen Flächenverbrauch, Bauwut und Zerstörung stoppen

Durch inflationäre Ausweisung von neuen Wohnbauflächen und Gewerbegebieten versuchen die Ruhrgebietsstädte, sich gegenseitig Einwohner und Gewerbebetriebe wegzunehmen. Zusätzlich wird mit geradezu abenteuerlichen Baugenehmigungen nach §34 BauGB (in Mülheim berühmt-berüchtigt, z.B. Heimerde, Hittfeldstr. u.v.a.) im Innenbereich verdichtet, was das Zeug hält, ohne Rücksicht auf Anwohner und Natur. Jeder weiss, dass der Flächenverbrauch in Deutschland mit über 100 ha täglich(!) nicht so weiter betrieben werden kann und dass es dafür auch keine Rechtfertigung gibt.

Aber auch die Nutzung für Freizeitanlagen, wie z.B. Golfplätze, oder die Erschließung auch des letzten Winkels durch Wanderwege sind in dem Sinn Flächenverbrauch, das diese Bereiche mehr oder weniger ihre ökologische Funktion verlieren. Mülheim hat in der Ruhraue mit dem durch europäisches Recht geschützten Flora-Fauna-Habitat-Gebiet und den wertvollen Wassergewinnungsflächen, die seit Jahrzehnten nicht betreten werden dürfen, insbesondere auch für seltene Vogelarten viel zu bieten. Aber auch die Bachläufe stellen eine Besonderheit dar, eine möglichst großzügige Schutzausweisung der Bachtäler ist notwendig. Hier haben die MBI einen großen Erfolg im Hexbachtal gemeinsam mit der BI „Rettet das Hexbachtal“ (aber z.Zt. stagniert das Modellprojekt, das hier entwickelt wurde, wegen mangelnder Kooperation der Städte)

Der Flughafen ist „die unendliche Geschichte“ in Mülheim. Es geht dabei aber in Wirklichkeit nicht nur um die Frage „Flughafen ja oder nein oder Flughafen contra Gewerbegebiet oder ...“, sondern auch um die Zukunft der ebenso klimatisch wie für Naherholung bedeutsamen Ruhrhöhen. Der einseitige Mülheimer Rückzug aus dem Ausstiegsbeschluss mit nur 1 Stimme Mehrheit von SPD+FDP (diese per „gekauften“ Überläufer!) verlängerte „die unendliche Geschichte“ nur, und die 30-Jahres-Verträge mit Wüllenkemper schaffen neue Unsicherheiten. Die geänderten Flugrouten des Düsseldorfer Flughafens haben zudem vor allem dem Mülheimer Süden mehr Fluglärm beschert. Die Stadt, die dabei ihr Einspruchsrecht verschief, muss alle, auch rechtlichen Schritte konsequent nutzen, um die Wohnbevölkerung besser zu schützen. Ein Ausbau des Mülheimer Flughafens zu einem Geschäfts- oder Regionalflughafen würde nicht den versprochenen Aufschwung bringen, dafür aber die Bevölkerung der Region Essen/Mülheim vollends überbelasten, große Investitionen für ein Instrumentenlandesystem usw. voraussetzen und das Dauersubventionsgrab Flughafen vergrößern. Unsere Forderungen:

1. *Kein Ausweitung des Flugverkehrs in Düsseldorf und Rückverlegung der Düsseldorfer Flugrouten auf den Stand von November 2000*
2. *Kein Ausbau des Flughafens Essen/Mülheim, dafür aber*
3. *erneute Überprüfung der Verträglichkeit des Flugbetriebs mit dem Erdgaslagers und*
4. *Verlagerung der Flugschulen aus Sicherheitsgründen (mehrere Unfälle alleine im letzten Jahr)*
5. *Überprüfung der Möglichkeit, die Einnahmesituation des Flughafens u.a. durch Open Air Konzerte zu verbessern*

Weitere MBI-Forderungen zur Flächennutzung im einzelnen:

- **Regionaler Flächennutzungsplan als Voraussetzung für das Ende der konkurrierenden Planungen**
- **keine weiteren Bebauungspläne für Wohn- und Gewerbegebiete in bestehenden Grün- und Freiflächen, auch nicht in gesetzlich weniger geschützten Grabelandflächen wie an der Kamp- oder Gertrudstraße**
- **restriktivere Handhabung des §34 im Innenbereich und des § 35 im Außenbereich**
- **Sicherung gefährdeter Blockinnenbereiche, sogenannter Baulücken und Siedlungsränder durch entsprechende Bebauungspläne, in denen noch vorhandene Freiflächen festgeschrieben werden**
- **Rücknahme von Ausweisungen von Wohnbauflächen und Gewerbeflächen in schon bestehenden oder im Verfahren befindlichen Bebauungsplänen, wenn durch die Planung hochwertige Grünflächen zerstört, die Anwohner beeinträchtigt werden oder großflächige Versiegelung ermöglicht wird**
- **Insbesondere die Bebauungspläne Heimerde, Honigsberger Str./Fünter Weg, Wrangelstr., Velauer Str./Diepenbeck, Sonnensiedlung Kühlenstr., Erbecksfeld lehnen die MBI ab.**

Wählergemeinschaft "Mülheimer Bürger Initiativen" (MBI) ***Mülheims erfolgreichste kommunale Wählergemeinschaft!***

- **Dafür sollen Bebauungspläne in Problemgebieten, die seit Jahren auf Eis liegen, genau dort vorrangig weiter geführt und rechtsgültig gemacht werden, um damit Lösungen zu erhalten (ob in der Nordstadt, am Fallwerk, an der Weseler Str. und im Gebiet von Hammann in Speldorf oder am RRZ oder ...), denn B-Pläne sind Regelungsinstrumente, um städtebauliche Entwicklung zu ermöglichen**
- **Keine neuen Ausweisungen von Verkehrstrassen wie z.B. Straßenbau, aber auch Trassenplanung Metro-Express, denn auch dieser wäre wie der Metro-Rapid nur unter massiven Eingriffen realisierbar**
- **Keine weiteren Ausweisungen von Golfplätzen oder anderen großflächigen „Freizeit“-Anlagen, insbesondere nicht auf bisher unbenutzten Flächen**
- **Schutz besonders wertvoller und sensibler Bereiche, insbesondere naturschutzwürdiger Flächen, vor „Erschließung“ durch Wege und unbefugtes Betreten**
- **Großzügigere Schutzausweisung naturschutzwürdiger Gebiete, entsprechende Ausweitung der Schutzgebiete im Landschafts- und Flächennutzungsplan (ohne vor jedem Einspruch eines bauwütigen Grundstücksbesitzers oder Landwirtes klein beizugeben)**

Altstadt- und Innenstadtentwicklung, Stärkung der Stadtteile

Neben den zahlreichen Innenstadtgutachten und-wettbewerben hat die Stadt seit mehreren Jahren auch für die meisten Stadtteile Konzepte erarbeiten lassen, teils in sehr aufwendigen und durchaus vorbildlichen Verfahren unter Einbeziehung der Bürger. Aber genau wie die Innenstadtpläne verstauben auch die Stadtteilkonzepte in den Schubladen, und wenn am Horizont ein Investor auftaucht, wie z.B. Aldi in Styrum, werden die Bedenken der eigenen Verwaltungsstelle, die die Stadtentwicklung geplant hat, über den Haufen geworfen. Deshalb:

- **Vorhandene Stadtteilkonzepte, wie in Speldorf, Styrum, Dümpten, weiterentwickeln und umsetzen**
- **Keine Baugenehmigungen, die vorhandenen Konzepten zuwiderlaufen und alles wieder in Frage stellen**
- **Stärkung der Stadtteilzentren, auch durch Verbesserung von Infrastruktur, z.B. dazu auch Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln, z.B. Speldorfer Süden zum Speldorfer Zentrum**
- **Erhalt von vorhandener Struktur mit kleineren Geschäften im fußläufigen Wohnbereich (Gegenbeispiel zuletzt: Auf dem Bruch in Dümpten) und Schutz bzw. Förderung von fußläufigen Einkaufs-, Freizeit- und Naherholungsmöglichkeiten in allen Stadtteilen**

Sinnvolle Verkehrsplanung und Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel:

keine weiteren Metrorapids, Metro-Expresse, Emmericher Str.,

für Verbesserungen im öffentlichen Nahverkehr, für Fußgänger und Radfahrer

Einer der größten Erfolge in der Arbeit der MBI war ihr wesentlicher Beitrag zur Verhinderung des Metrorapid. 2 Jahre lang war der Metrorapid Arbeitsschwerpunkt der MBI. Sie halfen mit, den Widerstand städteübergreifend zu organisieren, luden Experten zu bundesweit beachteten Veranstaltungen ein, informierten immer wieder über die Probleme der Planung, insbesondere auch für Mülheim. Die Trasse hätte Naturschutzgebiete, ein Hochwasserschutzgebiet, Wohnhäuser, Betriebe zerstört und auf Jahre hinaus ganz Mülheim in eine Riesenbaustelle verwandelt. Jetzt, nachdem der Metrorapid unmöglich geworden ist, lauern immer noch übereifrige Planer und verpulvern schon wieder Gelder für die fast ebenso unsinnige und unrealistische Planung des sog. „Metro-Express“.

Die MBI setzen sich seit Beginn für den Ausbau des ÖPNV ein. Die Ausdünnung des Fahrplans am Abend und am Wochenende konnte gerade noch verhindert werden. Dabei griffen die MBI die Anregung eines Bürgers auf, stellten Anträge dazu und informierten die Öffentlichkeit, und die betroffenen Bürger übten Druck auch auf die anderen Fraktionen aus: ein typisches Beispiel für unsere Arbeit. Jetzt stehen wieder Kürzungen der Buslinien, z.B. die 122 Speldorf/Oberhausen, und Verschlechterungen der Taktzeiten an, weil der VRR Gelder kürzen und gleichzeitig die Fahrpreise erhöhen will. Die MBI fordern seit Jahren eine Busverbindung der Wohngebiete im Speldorfer Süden an die Ortsmitte Speldorf sowie eine zusätzliche ÖPNV-Verbindung nach Duisburg über den Speldorfer Süden.

Nachdem der Bau der Emmericher Straße verhindert wurde, der Ausbau der Weseler Str. fast abgeschlossen ist, besteht wohl nicht mehr die Gefahr neuer überdimensionierter Straßenbauprojekte. Rückbau und Verkehrsberuhigung vorhandener Straßen stehen aber noch aus, wie z.B. bei der Saarner Str., deren längst beschlossener verkehrsberuhigter Ausbau seit Jahren aufgeschoben wird. Die MBI haben dazu in regelmäßigen Abständen Anträge gestellt, aber es geschah nichts, jetzt vor der Wahl entdeckt auf einmal die SPD dieses Thema. Offenbar hat die Verwaltung ihr dieses Thema „reserviert“ und dafür jahrelang die genervten Anwohner hingehalten. Seit über 20 Jahren kämpfen die Anwohner des Klöttchen gegen den Durchgangsverkehr und gegen den weiteren Ausbau ihrer Straße. Wegen der Planungen zum Metrorapid wurde die alte Planung mit dem Abriss der Häuser auf einer Straßenseite wieder neu beschlossen.

- **Verkehrsberuhigung allgemein, insbesondere für Saarner Str., Oberstraße, Klöttchen, Velauer Straße, Heißener Straße**
- **Realisierung des 1995 beschlossenen Verkehrskonzeptes für die Innenstadt also in einigen wesentlichen Teilen im Gegensatz zu den Ruhrbania-Plänen**

Wählergemeinschaft "Mülheimer Bürger Initiativen" (MBI) *Mülheims erfolgreichste kommunale Wählergemeinschaft!*

- Beibehaltung des ÖPNV-Netzes und der Taktzeiten, zusätzlich Einrichtung von modernen Sammeltaxisystemen von Wohngebieten (z.B. den schlecht angebundenen südlichen Teilen Speldorfs und Broichs) zu besonderen Verkehrszielen wie Real-Markt, RRZ oder großen Schulzentren
- Zur besseren Versorgung der Bevölkerung und zur Reduzierung des Autoverkehrs sollte ein Sammeltaxisystem, durchaus auch in Kooperation mit privaten Firmen, nach modernsten Gesichtspunkten zu den wichtigsten Verkehrszielen der Stadt aufgebaut werden, beginnend mit bisher schlecht angebundenen Quell- oder Zielgebieten wie aus dem Speldorfer- und Broicher Süden, aus Teilen von Dümpten und, und ... zu Realmarkt, Lidl, Aldi in Speldorf-Nord, zum Heifeskamp u.ä., danach könnte das erweitert werden zu großen Schulen/Schulzentren, zum RRZ, zur Innenstadt usw..
- Keine neuen Seifenblasen-Planungen für den „Metro-Express“, stattdessen Investitionen in das bestehende Nahverkehrsnetz
- Ebenso Aufgabe der Mülheimer Beschlüsse für einen neuen Busbahnhof hinter dem Forum (wofür u.a. die Post weichen müsste), der Straßenbahnlinie über den Dickswall und der überdimensionierten Ausbaupläne für das Gelände der MVG
- Durchgängige West-Ost-Innenstadt-Radwegeverbindung
- Behebung des noch unfertigen Torsos beim Fahrrad-Fußwegs in Speldorf zwischen MüGa und Raffelberg
- Sanierung und Reparatur der Fahrradwege im überregionalen Netz; Fahrradwegesanierungsplan für das Stadtgebiet

Sozial- und Altenpolitik

Dem Sozialabbau entgegentreten und Mülheim als seniorengerechte Modellstadt

Sozialpolitische Thesen der MBI für Mülheim:

- auch wenn in Mülheim die Arbeitslosigkeit noch knapp unter dem Landesdurchschnitt liegt, werden in den kommenden Jahren erhebliche soziale Probleme auf die Stadt zukommen:
 - o die Auswirkungen der sozialen Umverteilung von unten nach oben in Folge sogenannter Reformen wie Agenda 2010, Harz IV, Gesundheitsreform usw., schaffen unweigerlich neue Armutsprobleme in bisher nicht gekanntem Ausmaße. Verminderte Kaufkraft, steigende Überschuldung, Zwangsräumungen, steigende Obdachlosigkeit, zunehmende Schwarzarbeit und Kriminalität bis hin zur bitteren Altersarmut sind die absehbaren Folgen
 - o fehlende Ausbildungsplätze in der Region (allein in Mülheim ca. 500 geschätzte fehlende Ausbildungsplätze) schaffen über Jahre eine neue Armutsgeneration
 - o die strukturellen Schwächen der gesamten Ruhrgebietsregion und insbesondere für Mülheim eine Altersstruktur mit extrem hohen Seniorenanteil
 - o die Überschuldung der Stadt, die ohne Umkehr bei der jetzigen Politik zielsicher in die kommunale Handlungsunfähigkeit führt.
- **Wichtigste sozialpolitische Forderung ist daher die nach Erhaltung und Erweiterung der kommunalen Handlungsfähigkeit über die sozialen Pflichtaufgaben hinaus**
- Da dies in erster Linie vom künftigen finanziellen Spielraum der Stadt abhängt, dürfen die verbliebenen Mittel nicht leichtfertig und sinnlos mit zweifelhaften Schauprojekten wie Ruhrbania aufs Spiel gesetzt werden.
- **Die MBI treten dafür ein, dass Politik und Verwaltung beginnen, sich ernsthaft mit den sich abzeichnenden sozialen Verwerfungen und den Folgen der Überalterung vor Ort auseinander zu setzen und hierzu der Öffentlichkeit reinen Wein einzuschenken .**
- Die MBI fordern, dass die Verwaltung zusammen mit der Agentur für Arbeit und den sozialen Trägern vor Ort eine Armutsprognose für Mülheim aufgrund der Reformauswirkungen, der Lehrstellenmisere und der demographischen Entwicklung erstellt und ständig aktualisiert. Hieraus ist der soziale Handlungsbedarf zu entwickeln.
- Die MBI unterstützen solche Projekte und Initiativen, die z. B. sinnvolle soziale, ökologische und kulturelle Dienstleistungen im kommunalen Bereich mit der geförderten Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten verbinden. Die von der MBI bereits im Jahre 2000 angeregten und beschlossenen, aber erst jetzt von der Verwaltung ausgearbeiteten Pläne zur Fortführung und Erweiterung der Freizeitanlage Witthausbusch mit Tiergehege und Serviceangeboten weisen in die richtige Richtung.
- Die sich abzeichnende hohe Altersstruktur in Mülheim muss nach unserer Auffassung als Chance begriffen werden, um neue und innovative Konzepte für eine kommunale Seniorenpolitik zu entwickeln. Dies bedeutet den Erhalt und den Ausbau seniorengerechter bezahlbarer Wohn-, Lebens- und Freizeitstrukturen mit entsprechender Infrastruktur und darüber hinaus die Förderung innovativer neuer Formen wie Selbsthilfe-, wohn- und Betreuungsgemeinschaften für und von Senioren.
- **Nutzen wir die Erfahrungen und das Engagement unserer Senioren um zu beweisen, dass nur in der Zusammenarbeit der Generationen eine menschliche und demokratische Stadtkultur entsteht und Mülheim hierfür Modellstadt wird.**

Wählergemeinschaft "Mülheimer Bürger Initiativen" (MBI) **Mülheims erfolgreichste kommunale Wählergemeinschaft!**

Schul- Kultur- und Jugendpolitik

Die MBI sehen es als unverzichtbar, dass Kultur und Bildung für die Bürger Mülheims stets zugänglich sein müssen und nicht unbezahlbar werden.

Die MBI setzen sich ein für eine Kultur, in der die Mülheimer eine eigene Identität mit ihrer Stadt und ihren Mitbürgern entwickeln können, die nicht von oben verordnet und im Selbstgespräch zwischen Funktionären und Verwaltung steckenbleibt. Offene Werkstätten für gemeinsame kulturelle Aktivitäten sollten durch die Stadt gefördert werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt für die MBI-Arbeit wird bleiben, den Lernprozess des offenen Umgangs mit der Vergangenheit beschleunigen zu helfen. Der MBI-Vorschlag, die Trauerhalle des Alten Friedhofs zu einem zentralen Erinnerungs- und Dokumentationszentrum auszubauen, bietet sich regelrecht an. Die MBI werden den Punkt genauso weiter verfolgen wie die Stärkung der Attraktivität des Kirchhügels, bei dem bereits 2 weitere MBI-Anträge ebenfalls erfolgreich waren, nur noch nicht umgesetzt sind (Verlegung der Jobssäule und Prüfung der Möglichkeit des Weihnachtsmarktes auf dem Kirchhügel).

Weitere MBI-Forderungen aus dem Bereich Schule, Jugend, Kultur

- **Ausbau der Früherkennungsmaßnahmen von körperlichen, geistigen und sozialen Defiziten sowie Hochbegabung bereits im Kindergarten und systematische Umsetzung von Fördermaßnahmen entlang des MBI-Katalogs aus 2000:**
 - gezielte Förderung bei Teillern-, motorischen und psychosozialen Störungen, ebenso für Hochbegabte beginnend bereits im Kindergarten und kontinuierlich fortgeführt;
 - qualifizierte Berater und Diagnostiker sowie kleinere Gruppen und Klassen sind dafür Voraussetzung
- **GU-Unterricht (gemeinsamer Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern) auch in weiterführenden Schulen und auch in Mülheim gemäß der neuen Landesgesetze**
- **Schluss mit parteitaktischen Schulformdiskussionen in Verlängerung der 70iger Jahre**
 - Stadtteilbezogene Zukunftswerkstätten mit Kindern bzw. Jugendlichen und Einbringung sowie Umsetzung der dort gesammelten Probleme, Kritikpunkte und Vorschläge in alle Gremien
 - Ausbau von Kinderkrippen, Kindergartenplätzen, -horten und mehr Angebote für außerunterrichtliche Betreuung
 - Ausbau der öffentlichen „Infrastruktur“ für Kinder: Kindgerechteres Wohnumfeld auch durch Einbeziehung der Kinder in die Gestaltung von Grünflächen und Spielplätzen
 - Werbung von Spielplatzpatenschaften, die uneingeschränkt unterstützt werden und sich nicht nur darauf beschränken, Gelder einzusammeln.
 - Entwicklung von Spielplatzkonzepten, die der Bewegungsarmut und Naturferne entgegenwirken. Dies soll in Zusammenarbeit mit Kindern, Spielplatzpaten und örtlichen Initiativen entwickelt werden.
 - **Sicherung des Autonomen Jugendzentrums**
 - **Umsetzung des beschlossenen Kinderspielplatzes Clausewitzstr./Frohnhauser Weg**
 - **Intensivere Jugendbetreuung und Errichtung einer Familien- und Jugendbegegnungsstätte im „Wohnpark Witthausbusch“ (ehem. Kasernengelände)**
 - **Erhalt des Kino Rio am bisherigen Standort**
 - **Aufklärung, warum das Filmmuseum (Iris-Projekt) trotz 700.000 an Landesfördergeldern nicht zustande kam**
 - **MST und Stadthalle: Offenlegung der wirklichen Kosten-, Nutzungsrechnung sowie des Zuschussbedarfs für die MST: ggfs. Rückabwicklung der Stadthallenübertragung an die MST**
Aufgabe der Hotel- und Kongresszentrumspläne der MST an/für die Stadthalle (wenn überhaupt Bedarf dafür besteht, so würde es an der Delle viel eher Sinn ergeben!)

Grunddaseinsvorsorge und Beteiligungen

- **Absage an Crossborder-Leasing (CBL) und windige PPP-Modelle (Finanzierung über sog. PublicPrivatePartnership) für Ruhrbania, Medienhaus, Berufsschulzentrum, Altenheime etc., weil die zukünftigen Folgekosten für die Stadt unkalkulierbar sind bzw. unsere Kinder und Enkel hoch belasten**
- **Rekommunalisierung von Müll- und Straßenreinigung (MEG) und Wiederzusammenführung mit Abwasser, sofern noch möglich. Zukunftsfähiges Sanierungskonzept für die MEG ohne Gebührenerhöhung, aber mit Beteiligung auch von Trienekens/RWE an den Sanierungskosten der enormen Mißwirtschaft**
- **Keine privatisierungsbedingten Gebührenerhöhungen, wie sie bei Straßenreinigung, Müll und Wasser ab 2005 und bei Abwasser ab 2007 drohen**

Altlasten: eine wichtige und teure Zukunftsaufgabe

- *Erschließung neuer Wohn-, Gewerbe- oder Mischgebiete ausschließlich auf Industrie- und Gewerbebrachen, die aber fast immer Altlasten aufweisen*
- *Erstellung einer **Prioritätenliste** und eines **Maßnahmenplans** zur Altlastensanierung*
- strikte Anwendung des **Verursacherprinzips** vor allem bei potenten Großfirmen (Mannesmanngelände, VEBA/RWE in Selbeck, Siemens bzgl. der Zinkhüttenstraße usw.),
- ***Verlagerung des Fallwerks** in Speldorf und Sanierung des Bodens über ein zu erarbeitendes **Verlagerungs- und Nachnutzungskonzept** in einem Agenda-Prozess (Ratsbeschluss 1992!)*
- **Sicherung und Abzäunung von Flächen mit stark belastetem Boden, z.B. hinterer Teil der Flächen der geplanten „Sonnensiedlung“ Kühlenstr. und, und, und**

Wenn es die MBI nicht gäbe, müsste man sie gründen!

Als die MBI ab 2000 auch Filz und Günstlingswirtschaft angriffen – u.a. verschwundene Millionen bei der Skate Galaxy, das unsaubere Grundstücksgeschäft von “Gutsherr” Rixecker (ehemals Bauordnungsamt, dann Sander-Referent, Galaxy-Geschäftsführer und heute Sportkoordinator) und die vergaberechtswidrige MEG-Gründung mit Trienekens – **setzte Stück für Stück die geschlossene “Gegenwehr” ein, von Diffamierung über aussichtslose Strafanzeigen bis schließlich zur Sprengung der MBI-Fraktion**, indem der über MBI-Liste gewählte Ratsherr Yassine just in der Ratsitzung Juni 2001 zur SPD überlief, als es um das Bürgerbegehren zum bereits geschlossenen Freibad ging, wogegen die MBI sehr erfolgreich den Widerstand organisiert hatten, indem sie die Gründung der BISS (BI Schwimmen in Styrum) veranlassten und die Unterschriftensammlung maßgeblich über die MBI-Geschäftsstelle unterstützten.

Den MBI wurden nicht nur alle Zuschüsse gestrichen. Gegen alle demokratischen Gepflogenheiten wurden alle unsere Vertreter - außer dem verbliebenen Ratsherrn - aus ausnahmslos allen Ausschüssen in geschlossener Front von SPD, CDU, FDP und Grünen herausgestimmt, zwei hauptamtliche Halbtagskräfte der MBI wurden arbeitslos.

Die MBI machten trotzdem weiter, finanzierten die Geschäftsstelle 3 Jahre lang nur über Kleinspenden und mit ehrenamtlicher Tätigkeit. *Wie bei der Wahl versprochen* gaben die MBI auch unter diesen erschwerten Bedingungen Informationen sofort an Betroffene oder BI's weiter, trugen auch deren unbequeme Fragen in Ämtern und Gremien oder berieten sie, dies selbst zu tun. Das brachte bestehenden Initiativen und Schutzgemeinschaften oft viel Zeitgewinn. Einzig und allein die Wachsamkeit der MBI verhinderte, dass unsere Stadt das geplante Abenteuer eines Verkaufs der Straßen- und U-Bahnen per **Crossborder-Leasing** an dubiose Investoren einging. Ebenso verhinderten vornehmlich die MBI-Aktivitäten **Gebührenerhöhungen bei Wasser und bei Abwasser** kurz vor der Privatisierung, was nicht erlaubt ist.

Die MBI halfen auch außer bei der BISS bei der Neugründung weiterer Bürgerinitiativen, z.B.:

- Die Gründung der **BI Hexbachtal** (*städteübergreifend mit Essen und Oberhausen*) konnte das Hexbachtal vor den zerstörerischen Kanalbauplänen der Essener Stadtwerke retten.
- Die **BI Contrapid** z.B. trug dazu bei, dass das Prestigeprojekt **Metrorapid** schneller in sich zusammenbrach. **Ergebnis: Keine jahrelangen Großbaustellen** und unbezahlbare Vorleistungen **für unsere Stadt**.
- Die Gründung der BI **”Historische Gartenstadt Heimerde”** konnte die zerstörerischen Baupläne von Thyssen-Krupp in den Gärten der Heimerde blockieren.
- Die Gründung der BI **”Pro Mülheim”** für ein Bürgerbegehren gegen die **Ruhrbania-Ruhrpromenade** hat die Information und Diskussion und Kritik eröffnet **und zeigte erstmals die breite Ablehnung bei den Bürgern gegen dieses neue Millionen-Projekt**.

Bei vielen anderen BI's, Schutzgemeinschaften oder Initiativen einzelner Bürger oder Gruppen konnten die MBI oft erfolgreich informieren und beraten, wodurch in vielen Beispielen entweder das Schlimmste verhindert oder verträglichere Lösungen gefunden werden konnten, etwa bei den vielfältigen Problemen auf dem ehemaligen Kasernengelände. Einige von den MBI unterstützte Initiativen sind allerdings an Arroganz und Sturheit der Stadt vorerst blockiert wie die MESSI (Mülheimer ElektroSchutzInitiative) oder wurden ziemlich rücksichtslos übergangen wie die Anwohner des Bauprojekts Hittfeldstr./Wichernstr. oder die Bewohner der Friedhofstr., die durch die nicht zulässige Ansiedlung der Fa. Lankermann im reinen Wohngebiet über Jahre belästigt und genervt werden.!

Zusammenfassung

Bürger- und Umweltschutz sowie Lebensqualität müssen ebenso endlich in den Vordergrund gelangen, ebenso eine auf Nachhaltigkeit angelegte Finanz- und Stadtentwicklungspolitik.

Wir haben uns in den 5 Jahren seit Gründung der MBI oft darüber erschreckt,

- wie Umgangsformen mehr und mehr von Arroganz, Unfairness und Ungleichbehandlung geprägt waren
- wie tief verwurzelt das kleinkarierte Kirchturmsdenken in vielen Ämtern und allen Mülheimer Parteien verwurzelt ist
- wie das Eigentum der Bürger, das sie über Generationen durch ihre Gebühren für Wasser und Abwasser, Müll, Straßenreinigung und Gas bezahlt haben, ohne Skrupel privatisiert wird und dabei auch noch zwielichtige Geschäfte gemacht wurden oder werden sollten

Die MBI haben sich davon auch in schwersten Zeiten nicht beirren lassen, den blauen Himmel weiter blau und den bewölkten bewölkt genannt. Die Entwicklung hat uns trotz aller Beschimpfungen nahezu immer recht gegeben. Oft konnte nur durch unsere Beharrlichkeit Schlimmeres verhindert und Fehlentwicklungen früher angehalten werden als befürchtet. Genau so werden wir auch im nächsten Rat der Stadt weitermachen, vorausgesetzt natürlich, dass wir wiedergewählt werden. Wir wollen und werden mit jedem zusammenarbeiten, wenn es um die sinnvollste Lösung eines Problems geht. Wir werden uns aber verweigern, wenn Entscheidungen ausgetauscht und hinter dem Rücken der Betroffenen gefällt werden sollen. Wir lassen uns auch dafür prügeln, wenn “wichtige” Leute sauer sind, wenn ihre Fehler aufgedeckt werden oder geheime Absprachen an die Öffentlichkeit gelangen.